

zungen innerhalb der Parlamente selbst zu Organen der Leitung und Organisation der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, nicht zuletzt auf Grund ihres engen Zusammenwirkens mit den Teilen des Staatsapparates, in denen die Arbeiterklasse und ihre Partei eine hegemoniale Stellung hatten.

Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus galt es, die Einheit von gesetzgebender und vollziehender Tätigkeit, von Beschlußfassung, Durchführung und Kontrolle als wesentliches Merkmal sozialistischer Vertretungskörperschaften voll durchzusetzen und die Machtorgane noch enger mit den Werktätigen zu verbinden. Wichtige Schritte in diese Richtung der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der Einbeziehung der Werktätigen in die staatliche Tätigkeit waren: die Aufnahme von Vertretern der Massenorganisationen in die gemeinsamen Kandidatenlisten der Nationalen Front für die Wahl der Volksvertretungen im Jahre 1950; die Veränderung der politisch-administrativen Gliederung im Sommer 1952 und die Anpassung der Struktur des Demokratischen Blocks, der Parteien, Organisationen und der Nationalen Front an diese neue Gliederung; der Ausbau der Nationalen Front zur sozialistischen Volksbewegung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre; die Bildung der ständigen Kommissionen und Aktivs der örtlichen Volksvertretungen im Jahre 1952 sowie die Schaffung vielfältiger demokratischer Mitwirkungsformen in den fünfziger Jahren in den sozialistischen Betrieben, in der Rechtsprechung, im gesamten Bildungssystem und im Handel.

Ein wichtiger Aspekt qualitativer Veränderungen im politischen System der DDR betraf die Entwicklung der LDPD und der CDU, die bereits im Jahre 1945 und unmittelbar danach mit der KPD und der SPD und ab 1946 mit der SED zusammenwirkten. Die Organisierung bestimmter Bevölkerungsschichten in diesen bürgerlich-demokratischen Parteien trug dazu bei, diese Schichten an der staatlich-politischen Machtausübung gegen Imperialismus und Faschismus zu beteiligen. In der LDPD und der CDU fanden Angehörige nichtproletarischer Klassen und Schichten bis hinein in die kleine und mittlere Bourgeoisie Möglichkeiten organisierter politischer Mitarbeit. Über diese Parteien wurden sie an die Macht herangeführt und teilweise zu deren aktiven Mitgestaltern.<sup>71</sup> Allerdings wirkten in den genannten Parteien auch kapitalistische Klasseninteressen und bürgerliche Staatsideologien. Diese hemmten und verlangsamten teilweise die Herausbildung des politischen Systems der revolutionär-demokratischen Macht und vor allem dessen Fortentwicklung zu dem der Diktatur des Proletariats. Als Bestandteil des politischen Systems der antifaschistisch-demokratischen Macht unterlagen jene Parteien selbst der revolutionären Entwicklung. Ihre Teilnahme an der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war untrennbar mit Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften innerhalb der Parteien selbst verbunden. Die Erfolge der fortschrittlichen Kräfte in diesen Kämpfen trugen zur revolutionären Selbstverän-

71 Vgl. *Vom Werden unseres Staates*, Bd. 1, Berlin 1966, S. 326ff.